



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B., H.: Die Reichstagswahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Reichstagswahlen.

Bis auf eine geringe Anzahl von Nachwahlen, welche das Verhältniß der Hauptparteien im deutschen Reichstage kaum wesentlich und nur zu Gunsten der nationalen Richtung verschieben werden, liegt das Ergebniß der Reichstagswahlen vom 10. Januar abgeschlossen vor uns. — Das Gesamtergebniß ist ein dem Freunde der Neugestaltung Deutschlands, dem reichstreuen Deutschen hochehrfreuliches: eine unzweifelhafte bedeutende Mehrheit ist der nationalen Politik der Reichsregierung, der Förderung und Vollendung der großen Aufgaben gesichert, welche den Reichstag in seiner nächsten Legislaturperiode beschäftigen werden.

Allein die Freude über dieses Gesamtergebniß ist keineswegs eine ungetrübte. Denn vor Allem setzt sich auch die Majorität aus sehr verschiedenartigen Bestandtheilen zusammen, die wir nicht alle unter allen Umständen für gleich bereitwillig halten, die Anforderungen, welche die Reichsregierung für die Wehrkraft Deutschlands nach außen und zur Bekämpfung der Reichsrebelln im Innern an den deutschen Reichstag stellen muß und wird, zu unterstützen. Denn die reichstreue Majorität umfaßt die Conservativen, die deutsche Reichspartei, die liberale Reichspartei, die Nationalliberalen, die Fortschrittspartei. Keiner dieser Fractionen soll deutscher Sinn und deutsches Pflichtbewußtsein abgesprochen werden. Aber niemand, der die Abstimmungslisten der letzten Jahre durchgeht, und noch weniger derjenige, welcher sehr viele der schätzbaren Persönlichkeiten kennt, die in den einzelnen Fractionen eine leitende Rolle spielen, wird sich dem optimistischen Glauben hingeben, daß in den entscheidendsten Fragen die Majorität wie ein Mann stimmen werde. Ueberhaupt nur einmal in unserm parlamentarischen Leben ist das erlebt worden: als der Erbfeind im Juli 1870 an unsre Thore klopfte. Damals allein hat der hoffnungsvolle Nachwuchs der Fortschrittspartei, und der Particularismus, der seitdem unter der wohlklingenden Firma der „liberalen Reichspartei“ ein Unterkommen als stiller Gesellschafter gefunden hat, darauf verzichtet, die alten constitutionellen oder in den verschiedenen Landesfarben angestrichenen Steckenpferde vorzureiten. Im Winter 1870 dagegen, noch während des Krieges gegen Paris und Gambetta, bei Berathung der Versailler Verträge, hatte z. B. das Gros der „deutschen Fortschrittspartei“ den Muth der Rückkehr zum altgewohnten Spielzeug schon wiedergefunden. Wir werden dasselbe Schauspiel in entscheidenden Stunden leider noch oft erleben.

Aber selbst angenommen, es gelinge bei solchen Verhandlungen und Abstimmungen von entscheidendster Tragweite Männern von der lauterem Vaterlandsliebe und staatsmännischen Klugheit eines Löwe und Schulze-

Deliktsch bei der Fortschrittspartei, eines v. Bernuth und Böll bei der liberalen Reichspartei, die kindische Politik der Eugen Richter, Minckwitz und Genossen zu beugen. Dann fordert das jetzige Stärkeverhältniß der reichstreuen Parteien zu den reichsfeindlichen von den ersteren immer noch eine äußerst nachhaltige und allseitige Ausübung der parlamentarischen Pflichten. In dieser Hinsicht ist bisher das äußerste gesündigt worden, und nicht am wenigsten von den Fractionen, welche die reichstreue Majorität zusammen bilden. So sehr es den reichstreuen Parteien, und vor Allem der nationalliberalen zum Ruhme gereicht, daß sie aus ihren Reihen unermüdete Arbeiter und Redner dem Hause gestellt haben, so wenig hat ihr Groß Anspruch auf die erste Censur in der Rubrik Fleiß und Sitzungsbesuch. Diese Vernachlässigung in der Ausübung parlamentarischer Pflichten, welche der Abgeordnete durch Annahme der Wahlbewerbung und des Mandates schon auf sich nimmt, soll nicht zu hoch angerechnet werden in gewöhnlichen Zeiten, bei Berathung von Gesetzentwürfen, die ihrer Natur nach allgemeinere politische Grundsätze nicht berühren und nur einen kleinen Kreis von Sachverständigen erwärmen und beschäftigen. Bei solchen Gelegenheiten betrachten wir die Leere des Hauses nur für einen sehr beredten Ausdruck der Nothwendigkeit der Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer, welche diese Blätter immer befürwortet und vertheidigt haben.

Aber im neuen Reichstag liegt die Sache wesentlich anders als bisher. Wir haben es hier, wie unten noch eingehender gezeigt werden wird, mit einer Minorität zu thun, welche durch diejenige Pflichtverschümmung in der Präsenz Seiten der reichstreuen Parteien, die bisher die Regel bildete, d. h. etwa durch das Fehlen von hundert Abgeordneten, sofort zur Majorität wird. Und das Verhalten der Reichsrebelln im verflossenen Reichstage wie im preussischen Landtage zeigt aufs deutlichste, daß insbesondere die ultramontane Partei, und natürlich auch deren Helfeshelfer, mit zäher Geduld auf solche Präsenzfünden der reichstreuen Fractionen lauern, um bei irgend einer noch so harmlosen Gelegenheit plötzlich in hellen Haufen über das unbewehrte Parlament herzufallen, und dem verhassten deutschen Reich heimtückische Streiche zu versetzen. Keine Tagesordnung, kein Präsident wird uns davor schützen, daß wir plötzlich unter irgend einem Vorwande die wichtigsten Fragen und Beschlüsse unsres öffentlichen Rechtes Seiten unsrer Reichsfeinde provocirt sehen. „An die Gewehre!“ „Auf den Posten!“ muß daher die stehende Losung bilden für jeden Abgeordneten, dem eine nationalgesinnte Mehrheit der Wähler die Ehre erwiesen hat, ihn zur Wacht an der Spree zu berufen. Denn er darf sicher sein, daß die Gegner dieser Pflicht ihrerseits genügen werden. Er mag des Wortes gedenken, das der Kanzler jüngst aussprach: daß der Angreifer die Wahl der Zeit seines Angriffs frei hat. Auch die Socialdemokraten.

Polen und Elsäffer werden vollzählig auf ihrem Platze sein, wenn der geheime Kriegsbruf der ultramontanen Fehdegenossen an sie ergeht. Wehe uns dann, wenn das Lager der Freunde des Reichs verlassen ist. Die dreifache Lesung bildet nicht in allen Fällen eine sichere Brustwehr. Ja, größer als jemals ist die Gefahr einer parlamentarischen Ueberrumpelung durch die Reichsfeinde geworden, seitdem die freie Fahrt der Abgeordneten Thatsache wurde. Denn das ist unleugbar nach den bisherigen Erfahrungen und Abstimmungslisten: daß durchschnittlich der Abgeordnete um so weniger seine parlamentarischen Pflichten zu erfüllen gewohnt war, je näher sein Wohnort bei Berlin lag, je leichter ihm die Rückkehr in die Heimath während der Session wurde. Nun bietet die freie Fahrt Allen die gleiche Möglichkeit, die Heimath auch während der Sitzungsdauer des Reichstags wiederholt aufzusuchen, und je weiter diese Heimath von Berlin entlegen ist, um so länger wird der Abgeordnete unter den Seinen zu verweilen trachten, um so ungewisser wird sein Eintreffen zur rechten Stunde in Berlin sein. Es kann also nicht ernstlich genug auf die Erfüllung der parlamentarischen Pflichten verwiesen werden. Daneben darf unsres Erachtens die reichstreue Majorität in dieser Legislaturperiode nicht daran denken, die Beschlußfähigkeitsziffer herabzusetzen, um sich unter allen Umständen das Correctiv vorzubehalten, durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit des Hauses die von den Reichsfeinden geplante Ueberrumpelung im einzelnen Falle zu vereiteln.

Die andere, sehr lästige Zugabe in die Siegesfreude der jüngsten Reichstagswahlen ist das absolute Erstarken der Ultramontanen und Socialisten. Gegenüber den vermessenen Reden und Weissagungen, mit denen beide Parteien den Wahlgang betreten, ist allerdings ihre Ausbeute an Abgeordneten eine lächerlich geringfügige. Aber relativ, gegen die Wahlen von 1871 hat doch das schwarze Centrum circa 30, die Socialdemokratie beiderlei Gestalt 9 Sitze gewonnen. Und wenn wir allein berücksichtigen, daß aus Baiern 32 Ultramontane, aus Sachsen 6 Socialdemokraten anrücken, und mit diesem Zuschuß die Wahllisten von 1871 vergleichen, so ist es unleugbar, daß nicht sowohl zweifelhafte conservative — wie sanguinische Wahlstatistiker uns glauben machen wollen — sondern nationale und liberale Abgeordnete durch diese Sorte von Homines novi verdrängt worden sind. Dieselbe Ausbreitung der ultramontanen Propaganda wie in Baiern, läßt sich leider in manchem Wahlkreise Rheinlands, Westphalens, Schlestens, nicht verkennen, während die Hierophanten Bebel's und Lassalle's inzwischen auch in Hamburg und Altona in ausschlaggebenden Massen sich angefundnen haben. —

Woher kommt diese auffallende Thatsache, drei Jahre nach dem glorreichsten und glücklichsten Kriege, den Deutschland geführt hat, in einem Augenblicke, wo klarer als jemals dem Wähler vor Augen geführt wurde,

vor welche einfachen und bewegenden Gegensätze er bei der Wahl gestellt war? Diese Frage ist hinsichtlich der ultramontanen Verstärkung in den jüngsten Tagen in einleuchtendster Weise auf die canonische Einfalt der Massen zurückgeführt worden. In Betreff der wenigen außersächsischen Wahlkreise, in denen Socialdemokraten gewählt wurden, wie in Altona und im Wuppertal, liegt das Resultat in dem Ueberwuchern einer fluctuirenden und pietätlosen Arbeiterbevölkerung. Aber für das Königreich Sachsen ist die Frage mit diesen Antworten noch nicht erklärt. Hier liegen die Verhältnisse verwickelter und durchschnittlich noch weniger erfreulich. Es lohnt wohl der Mühe in einer besonderen Betrachtung auf diese Verhältnisse näher einzugehen. S. B.

Briefe aus der Kaiserstadt.

Berlin, 18. Januar 1874.

Zum dritten Male feiert heute das neue deutsche Reich seinen Geburtstag. Seltsam genug, daß gerade in der Hauptstadt kaum irgend ein Zeichen an den ewig denkwürdigen Act erinnert, der vor drei Jahren sich im Spiegelsaale des Versailler Schlosse vollzog. Vergebens durchblättern wir unsere großen Zeitungen, selbst die ministeriellen Organe feiern den Tag mit — Schweigen; nur die „Spenerische Zeitung“ macht eine Ausnahme. Vor einem Jahre prangte doch wenigstens noch auf den Ankündigungszetteln der Theater und Vergnügungsorte die Ueberschrift: „Zur Feier des Jahrestages der Errichtung des deutschen Reichs,“ heute scheinen sie's vergessen zu haben. In den Straßen fehlt der Flaggenschmuck — kurz, es ist ein Sonntag, so langweilig, so bedeutungslos, wie alle andern Berliner Sonntage.

So nüchtern, so haar der politischen Begeisterungsfähigkeit ist das Geschlecht unserer Bevölkerung der Hauptstadt. Ohne Zweifel ist diese provisorische Stimmung der praktischen Aufgaben unseres jungen nationalen Staatslebens förderlicher, als die träumerisch-idealistische Schwärmerie der Vergangenheit. Dennoch werden wir den patriotischen Enthusiasmus wieder zu etwas höherer Temperatur ansachen müssen, wenn bei uns die staatsbürgerlichen Pflichten in demjenigen Maße erfüllt werden sollen, welches allein eines freien und mündigen Volkes würdig ist. Das gilt zunächst und in ganz besonderem Grade von Berlin; die diesmaligen Reichstagswahlen haben uns darüber sehr unsanft die Augen geöffnet. Wenn die „Stadt der Intelligenz“ eine Wahlbetheiligung von kaum 30% aufzuweisen hat, so ist das keine Thatsache, über welche man mit einem Achselzucken hinweggehen kann, sondern ein Zustand, welcher der gesammten männlichen Bevölkerung Berlins